

Arm und Reich – Soziale Ungleichheit

Thesenpapier zur Sektion 1, Bundeskongress Politische Bildung 2015

Die wirtschaftliche Situation ist in Deutschland im europäischen Vergleich unbestritten sehr gut. Seit 2005 hat sich die Arbeitslosenquote mehr als halbiert, die Steuereinnahmen klettern auf immer neue Höchststände und auch die Sozialkassen sind gut gefüllt. Vom „kranken Mann Europas“ ist die deutsche Wirtschaft zum Vorbild für die europäischen Nachbarländer geworden. Die positive Entwicklung weckt Begehrlichkeiten und öffnet den Raum für Verteilungsdebatten: Aber profitieren nur die Reichen von der wirtschaftlichen Entwicklung? „Reiche trotz Finanzkrise immer reicher“ – gemäß der medialen Botschaften nach der Veröffentlichung des Vierten und aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts scheint genau dies der Fall zu sein.

Die Daten der wichtigen Erhebungen zu den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung in Deutschland zeichnen allerdings ein anderes Bild. Nachdem die Armutsgefährdungsquote und die Ungleichheit der Einkommen um die Jahrtausendwende noch deutlich zugenommen haben, lässt sich seit etwa 2005 eine Trendwende erkennen: Der Anstieg der Einkommensarmut ist gestoppt und – wenn man überhaupt eine Veränderung konstatieren mag – dann hat sich die Einkommensschere seither wieder etwas geschlossen. Auch die Vermögenskonzentration hat im letzten Jahrzehnt nicht zugenommen. Die Verteilungsdaten widersprechen damit der in der Öffentlichkeit verbreiteten Wahrnehmung einer sich stetig öffnenden Schere zwischen Arm und Reich.

Was das Niveau der Einkommensungleichheit und der relativen Einkommensarmut angeht, zeigen sich sehr robuste Ergebnisse: Im internationalen Vergleich mit den Ländern der EU und der OECD ist Deutschland zwar kein Land mit einer ausgeprägt niedrigen Ungleichheit, erweist sich aber als etwas egalitärer als der EU- oder der OECD-Durchschnitt. Einigkeit herrscht in der Wissenschaft auch darüber, dass die Mittelschicht die größte Gruppe der deutschen Bevölkerung stellt. Befragt man dagegen die deutsche Bevölkerung zeigen sich stark verzerrte Verteilungsvorstellungen: Die Mehrheit in Deutschland, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, sind der Überzeugung der Großteil der Bevölkerung gehöre zum unteren Bereich der Gesellschaft. Die Ungleichheit hierzulande wird somit deutlich überschätzt.

Daraus folgt nicht zwangsläufig, dass die momentanen Verteilungsverhältnisse als gerecht akzeptiert werden müssen. Vielmehr ist es eine Frage der normativen Bewertung durch Gesellschaft und Politik, ob das Ausmaß der Ungleichheit als zu hoch oder als angemessen angesehen wird. Bereits jetzt führt das deutsche Steuer- und Transfersystem im internationalen Vergleich zu einer deutlich überdurchschnittlichen Umverteilung von oben nach unten. Den kürzlich neu eingeführten Transfers und Instrumenten mangelt es allerdings an Zielgenauigkeit: Betreuungsgeld, Mütterrente und auch der Mindestlohn setzen nicht am Bedürftigkeitsprinzip an. Insbesondere das Betreuungsgeld setzt eindeutig Fehlanreize. Denn gerade eine qualifizierte frühkindliche Betreuung kann helfen, die Chancengleichheit von Kindern aus sozial benachteiligten Familien beim Schuleintritt zu erhöhen.

Mehr Chancengerechtigkeit würde auch die Akzeptanz von Ungleichheiten in der Bevölkerung erhöhen. Denn ein weiterer Blick auf die Wahrnehmung zeigt, dass Einkommensunterschiede eher akzeptiert werden, wenn sie auf Leistungen und nicht auf glückliche Umstände wie beispielsweise ein gut situiertes Elternhaus zurückgehen.